

Kontakt Holger Paul
Telefon +49 69 66 03-1922
E-Mail holger.paul@vdma.org
Datum 14.10.2024

Kommunikation

„Europa braucht eine planbare Chemikalienpolitik ohne Generalverbote“

Der EU-Umweltrat diskutiert erste Inhalte des neuen europäischen Chemikalienpakets. Der Maschinen- und Anlagenbau unterstützt dieses Chemikalienpaket, fordert aber die Umweltminister auf, wichtige Akzente in der Ausgestaltung zu setzen.

Brüssel, 14. Oktober 2024 – Auf dem heutigen EU-Umweltrat tauschen sich die Minister der EU-Mitgliedstaaten erstmalig zum kommenden Chemikalienpaket aus. Die Kommission arbeitet schon länger an der Auslegung dieser Vorschriften: Sie sollen sowohl die bisherige Verordnung (REACH) vereinfachen als auch Klarheit schaffen in Bezug auf die sogenannten Ewigkeitschemikalien (PFAS). Der VDMA fordert die Umweltminister auf, die europäische Chemikalienpolitik künftig planbarer für Unternehmen zu gestalten und Generalverbote ausschließen.

Die Umweltminister können noch zentrale Akzente und Forderungen von Seiten der Mitgliedstaaten für das neue Chemikalienpaket festschreiben. „Uns ist wichtig, dass bei der Überarbeitung der REACH-Verordnung der risikobasierte Ansatz beibehalten werden soll. Sowohl bei REACH als auch bei PFAS brauchen wir eine praktikable und ausgewogene Regulierung“, betont Dr. Sarah Brückner, Leiterin der Abteilung Umwelt und Nachhaltigkeit im VDMA. „Ein undifferenziertes Generalverbot ganzer Stoffgruppen darf es nicht geben. Dort, wo der Einsatz von PFAS schädlich ist und es bessere Alternativen im Sinne der Umwelt und Kreislaufwirtschaft gibt, sollten diese Stoffe verboten werden. Dort, wo es jedoch noch keine Alternativen gibt und ihr Nutzen überwiegt, muss ihr Einsatz möglich bleiben“, ergänzt Dr. Brückner. Bis sichere und nachhaltige Alternativen vorliegen, brauche es deshalb Übergangsfristen und Ausnahmen.

Ein weiteres zentrales Anliegen des Chemikalienpakets sollte eine messbare Reduktion von Bürokratie und Berichtspflichten sein, sowie Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen. Neue Vorschriften müssen einfacher werden und vorab breiten Konsultationen, Impact Assessments sowie dem neuen „SME and Competitiveness Check“ unterworfen werden. Wichtig ist, dass auch nachgeschaltete Anwenderindustrien wie der Maschinen- und Anlagenbau berücksichtigt werden.

„Eines ist klar: Wir brauchen Planungssicherheit! Ohne diese werden nötige Investitionen nicht getätigt und das hat negative Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft. Wir zählen auf den gemeinsamen Dialog mit der europäischen Politik“, betont die VDMA-Abteilungsleiterin.

Ein Foto von Dr. Sarah Brückner, Leiterin Abteilung Umwelt & Nachhaltigkeit im VDMA, finden Sie [hier](#).

Die Kernforderungen des VDMA zur Europapolitik für die Legislaturperiode 2024-2029 finden sie [hier](#).

Der VDMA vertritt 3600 deutsche und europäische Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus. Die Industrie steht für Innovation, Exportorientierung und Mittelstand. Die Unternehmen beschäftigen insgesamt rund 3 Millionen Menschen in der EU-27, davon mehr als 1,2 Millionen allein in Deutschland. Damit ist der Maschinen- und Anlagenbau unter den Investitionsgüterindustrien der größte Arbeitgeber, sowohl in der EU-27 als auch in Deutschland. Er steht in der Europäischen Union für ein Umsatzvolumen von geschätzt rund 910 Milliarden Euro. Rund 80 Prozent der in der EU verkauften Maschinen stammen aus einer Fertigungsstätte im Binnenmarkt.